

## Die Frage

der Gewalt, Gewaltkritik und ihre Tabuisierung gehören zur Geschichte der Linken. Anders als die konkurrierenden großen liberalen, konservativen und rechten politischen Strömungen ist aber die Linke in der Frage der Gewalt seit jeher tief zerrissen. Diese Frage ist für sie deshalb so kompliziert, weil zur linken politischen und moralischen Kultur grundlegend konfligierende Werte gehören, die hier aufeinanderprallen und die unterschiedlich gewichtet werden. Gemeint ist der Wertkonflikt zwischen dem Ideal und der Norm der Friedlichkeit/Gewaltfreiheit, die stark mit den zentralen linken Zielideen der Gerechtigkeit und des Sozialismus verbunden sind, und konkurrierenden linken Normen wie (1) der vor allem in den 80er und 90er Jahren erarbeiteten Hochschätzung von Individualität, Diversität und Autonomie, (2) der linken Tradition des Eintretens für Minderheiten und deren Schutz und, damit zusammenhängend, (3) der linken Hochschätzung des Kampfes gegen Ausschluss und Abgrenzung. Das bedeutet: von der Mehrheit abweichende Positionen – und nach der gegenwärtigen Lage der Dinge sind dies fast immer Positionen, die sich für »Militanz« und gegen radikale Gewaltfreiheit stark machen – werden im Zeichen des Minderheitenschutzes, der Ablehnung von Ausgrenzung und des Eintretens für die Autonomie eigensinniger Positionen akzeptiert, obwohl die Norm der Gewaltfreiheit dadurch verletzt wird. Oder sie werden unter Verletzung der genannten Normen nicht akzeptiert, es wird für Ausschluss und Abgrenzung plädiert – der Riss in der Linken und politische Spaltungen sind da.

Die Frage der Gewalt legt also sofort die Widersprüchlichkeit der Identität der Linken bloß. Auch deshalb ist der Versuch, sich aus dem Entscheidungskonflikt zwischen gewaltfreien und gewaltsamen Positionen herauszuhalten, sich mit keiner Position zu identifizieren (und sich womöglich zugleich aber auch nicht zu distanzieren oder – mehr noch – »kritische Solidarität« zu üben) kaum durchzuhalten. Es sind Fluchtversuche ohne Reichweite – es sei denn, sie enden in der einfachen Negation der Widersprüchlichkeit einer linken Identität. Nicht zufällig sind daher die Mühen der Gewaltfrage so oft ein Grund gewesen, das linke Lager schlicht zu verlassen und – unter welchem Etikett auch immer – in die romantische Rhetorik oder die Verzweiflung der Praxis der grenzüberschreitenden Gewalt überzuwechseln. Nur selten steht der anderen, weit häufigeren Flucht in den bequemen Opportunismus eines liberalen Verbalpazifismus der Versuch gegenüber, eine Begründung eines linken radikalen Pazifismus auszuarbeiten.

So besteht innerhalb der Linken zwar oft viel Einigkeit in der Kritik der Gewalt der Macht, des Staates und der Ökonomie des Kapitalismus. Hier gibt es eine

vielfach beeindruckende Bilanz eines politischen Konsenses. Doch der Widerspruch bricht auf, wenn es um das Umgehen mit solcher Gewalt geht oder um die Bewertung »eigener« revolutionärer Gewaltpraxen, sei es mit oder ohne Staatsapparat. Zudem reicht die Rückgabe des Gewaltvorwurfs an die Linke selbst etwa durch liberale Medien fast immer vollständig aus, um deren inhaltlich-politischen Ziele und die ihnen zugrunde liegenden Interessen unsichtbar zu machen oder abzuwerten.

Die Linke hat auf diese komplizierte Situation mit der Entwicklung verschiedener Verfahrensprinzipien zu reagieren versucht:

- die in der Vergangenheit häufig anzutreffende Ausklammerung der Gewaltfrage, um beispielsweise für politische Positionen oder Demonstrationen zusätzliche Mitstreiter zu bekommen, wird als kontraproduktive Tabuisierung abgelehnt;
- das Moment der öffentlichen Kritik wird stark gemacht, ob dies nun um die Kritik der Kultur militärischer Sprache und entsprechender politischer Stile oder um die Auseinandersetzung mit illusionären Elementen der Plädoyers für Dialog und Friedfertigkeit und von Formen der prekären Zusammenarbeit mit den machtvollen politischen Gegnern geht;
- die Prinzipien der Zusammenarbeit unterschiedlicher linker Strömungen und Kulturen und die ihnen zugrunde liegenden Interessen sollen möglichst weitgehend offen gelegt und die Vielfalt der Akteure (auch auf der Gegenseite) und ihre Haltungen zur Gewaltproblematik nicht nur gemeinsam herausgearbeitet werden; es sollen auch gemeinsame Regeln und Praxen der Bearbeitung von Konflikten und Eskalationssituationen entwickelt und befolgt werden.

Verfahren haben freilich Grenzen spätestens dann, wenn es zu grundsätzlichen Interessenkonfrontationen kommt, die mit den genannten Identitäten zusammenhängen – erst recht dann, wenn die Gewaltverhältnisse so überwältigende Formen wie heute angenommen haben.

Unter solchen Bedingungen noch eine politisch praktikable Übereinstimmung zu bewerkstelligen verlangt eine politische Kunst, die an jene »*antagonistische Kooperation*« erinnert, die eine der spannendsten Formeln der Friedensforschung der 60er und 70er Jahre war. Da wird dann versucht, gemeinsam akzeptable, noch gewichtigere Werte (Gattungsfragen, Freiheit, Menschenrechte o. ä.) oder Verfahren (Dialog) ins Spiel zu bringen, aber auch unterschiedliche politische Rollen (Widerstand/Opposition/Machtinhaberschaft) sowie die damit verknüpften Gewaltpotentiale und -sichten abzugleichen und auszutarieren. Zu den wenigen »neuen« Momenten der »Neuen Linken« gehört dieses Moment der Kooperation *beträchtlich* widersprüchlich agierender und denkender Akteure, das versucht, in der traditionellen politischen Kultur der Linken mehr oder weniger unvereinbare Werte, Ziele und Methoden politischen Handelns zusammen- und auszuhalten. Diese Kultur einer bedingungsvollen *Politik kritischer Anerkennung* ist in der Linken immer wieder stark geworden und zerfallen, niedergekämpft und zerrissen worden. Traditierte Formeln wie *Autonomie, Selbstorganisation, Bündnis, Volksfront*

etc. aus der Bewegungsgeschichte der historischen Linken, die oft völlig unterschiedliche politische Richtungen repräsentierten, haben sich meist implizit in solchen Praxen wechselseitiger kritischer Anerkennung als *links* erkannt und Wege zu einer gemeinsamen Erarbeitung eigener Identität und ihrer Grenzen gefunden. *Üblich* ist das aber bekanntlich nicht gewesen: der Fortschritt identitätspolitische Reflexionen in den letzten drei Jahrzehnten vollzog sich wesentlich außerhalb der Linken oder in peripheren links-radikalen Gruppen, es ging um *race, sex, class*, nicht aber um *left politics*.

Grundsätzlich notwendig ist es, die Seite der Kritik gegen die Kultur der Tabuisierung zu schärfen. Die Linke hat keine beeindruckende Geschichte einer Auseinandersetzung mit den politikpraktischen, theoretischen und auch philosophischen Fragen der Gewaltlosigkeit – obwohl die Tradition der Linken schrecklichste Formen der Gewalttätigkeit gepflegt hat und die radikale Kritik an dieser Geschichte in der Linken selbst keineswegs präsent oder gar hegemonial ist; ihre Kriegskritik ist weithin taktisch und radikaler Pazifismus ist ganz offenbar keine starke Option der Linken. Sie ist betroffen vom »Elend der Welt«, arbeitet aber kaum analytisch und diskursiv über die »Gewalt in der Welt« und nimmt professionelle Gewaltkritik und effiziente Strategien der Gewaltfreiheit und -prävention nur randständig zur Kenntnis. Wenig Klarheit gibt es zum Verhältnis von Gewalt und Militanz.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung als Teil der Linken ist von dieser Kritik nicht ausgenommen. Ob sie es vermag, zu politisch bestandsfähigen Antworten auf die Frage der Gewalt beizutragen, ist offen. Ein Versuch ist die Dokumentation sehr kontroverser Beiträge zu einer Debatte, welche die RLS im Sommer 2007 in Berlin im Zusammenhang mit dem G8-Gipfel durchführte. Es debattierten Menschen, die nicht so einfach zusammenkommen. Ihre Kulturen und Vorschläge sind radikal, gehen also weit und machen nicht halt.